

# 5 „Atomkraft? Nein, danke!“ Kernkraft und Protest in der Bundesrepublik Deutschland

## 5.1 Politische Rahmenbedingungen für Protest in der Bundesrepublik Deutschland

Politik in Deutschland findet im Rahmen der durch das Grundgesetz vorgegebenen Spielregeln statt. Artikel 20, Absatz 1 GG bestimmt die Bundesrepublik als einen demokratischen und sozialen Bundesstaat. Neben Republik, Demokratie, Föderalismus und Sozialstaat wird in Absatz 3 der Rechtsstaat als ein weiteres grundsätzliches Wesenselement der Bundesrepublik hervorgehoben. Artikel 23 und 24 charakterisieren die Bundesrepublik zudem als einen Staat, der für Beteiligung und Souveränitätstransfer an inter- und supranationalen Organisationen aufgeschlossen ist. In der Verfassungswirklichkeit führen diese und andere Weichenstellungen des Grundgesetzes zu einer „unverwechselbaren Herrschaftsform“ (Schmidt 2007: 40): Politik in Deutschland wird durch mehrheits- und konkordanzdemokratische Elemente, durch starke politische Parteien, durch eine große Anzahl von „Vetospielern“ (Tsebelis 2002) und Mitregenten sowie durch eine hohe, hauptsächlich bundesstaatlich bedingte Verflechtung von politischen Entscheidungsprozessen (Scharpf et al. 1976) gekennzeichnet.

Ein „Durchregieren“ in der „im Zeichen von Machtaufteilung und Machtbändigung“ (Schmidt 2007: 41) organisierten Republik wird dadurch in vielerlei Hinsicht erschwert. Der deutsche Staat wird deshalb nicht nur bezüglich seiner Einbindung in internationale Konstellationen, sondern auch in Bezug auf seine Handlungsfähigkeit im Inneren als „halbsouverän“ bezeichnet (Katzenstein 1987).<sup>1</sup> Politische Entschlüsse kommen aufgrund dieser Semisouveränität nicht

---

<sup>1</sup> Green/Paterson (2005) bestätigen die Aktualität dieser These.

nur durch hierarchische Steuerung und Mehrheitsentscheide, sondern oftmals nur durch Aushandlungsprozesse und Kooperation unter zahlreichen Beteiligten zustande.

Der Deutsche Bundestag bildet als gesetzgebendes Rede- und Arbeitsparlament die „Entscheidungsmitte“ (Kirchhof 2004: 242) der deutschen Politik. Als Vertretung des deutschen Volkes ergibt sich seine Besetzung aus den Resultaten einer personalisierten Verhältniswahl mit 5%-Hürde. Das Parlament wählt den Kanzler, der die Regierung bildet.

Dem Bundestag sind mit Bundesverfassungsgericht und Bundesrat zwei machtvolle Institutionen gegenübergestellt, die seinen Spielraum begrenzen können. Durch die starke Stellung des Bundesrats kann dieser je nach parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen bei zahlreichen Gesetzesvorhaben als Blockadeinstrument der Opposition genutzt werden. So besteht die Gefahr, dass der Wettbewerb unter den Parteien die auf Kooperation ausgelegten föderalen Strukturen in ihrem Funktionieren lähmt (Lehbruch 2000).

Um wichtige politische Vorhaben verwirklichen zu können, muss eine Regierung daher die Mehrheit im Bundesrat für sich gewinnen; das bedeutet bei Dominanz der Opposition im Bundesrat faktisch auch dann die Notwendigkeit einer großen Koalition, wenn kein formelles Regierungsbündnis zwischen den beiden größten Parteien besteht (Schmidt 2002).

Das Parteiensystem der Bundesrepublik wurde lange Zeit von drei Fraktionen beherrscht. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Union aus Christdemokraten und Christlich-Sozialen sowie die Freien Demokraten prägten vor allem in der Periode von 1961-1982 die Politik im Bundestag, sowie auch in den Landesparlamenten. Auch wenn sich die Parteien prinzipiell auf einer sozial-ökonomischen (CDU/CSU und FDP rechts der Mitte, die SPD links davon) und einer religiösen Konfliktlinie (Unionsparteien im religiösen, SPD und FDP im säkularen Spektrum) einordnen lassen, tendieren Union und SPD in ihrem Verständnis als „Volksparteien“ zu Mitte-Positionen (Smith 1982). Grund für diese eher gemäßigte Ausrichtung ist auch die Präsenz starker Parteiflügel, die innerhalb der beiden großen Parteien rechte wie linke Tendenzen vertreten und in gegenseitiger Konkurrenz und Kontrolle die parteipolitische Grundlinie mittig halten. Auch die FDP orientiert ihre politische Programmatik an der politischen Mitte, um sich die Option einer Koalition mit Union und SPD gleichermaßen offen zu halten (Katzenstein 1987: 39).

Volksparteien zielen generell auf eine möglichst umfassende Integration breiter gesellschaftlicher Schichten ab. Die Orientierung der Parteien hin zur Mitte des politischen Spektrums dient somit auch dem Zweck, möglichst große Wählerschaften auf sich zu vereinen. Die Existenz mehrerer Volksparteien im Parteiensystem nährt die Vorsicht vor größeren politischen Richtungsänderungen. Denn die Konkurrenz ist durch ähnlich breite Ausrichtung auf dem politischen Spektrum in der Lage, abtrünnige Wählerstimmen schnell aufzusaugen. Volksparteien hüten sich daher vor politischen Experimenten. Einem Parteiensystem, das von ihnen dominiert ist, wird deshalb in Bezug auf neue gesellschaftliche Impulse unter anderem Integrationsschwäche, Überforderung, Innovationsmangel und ein Repräsentationsdefizit vorgeworfen (Wiesendahl 1989).

Mit Etablierung der Grünen und dem Hinzukommen der Partei des Deutschen Sozialismus (bzw. Linke) wandelte sich das „eingespielte Zweieinhalb-Parteiensystem“ (Rudzio 2006: 121) zum heutigen Fünfparteiensystem. Dabei wird neben den bereits vorhandenen Konfliktlinien eine regionale Konfliktlinie zwischen neuen und alten Bundesländern erkennbar (Schmidt 2007: 100). Eine Konfliktlinie zwischen Ökologie und Ökonomie kann ebenso ausgemacht werden. Sie sticht allerdings im deutschen Parteiensystem weniger hervor, da neben den Grünen auch Union und SPD den Umweltschutzgedanken mittlerweile stark integriert haben.

Durch die neue Struktur des deutschen Parteiensystems kann heute eine größere Responsivität gegenüber gesellschaftlich artikulierten Interessen konstatiert werden,<sup>2</sup> die in einer solchen Form in den 1970er und 1980er Jahren nicht gegeben war (Kitschelt 1986).

Die mit den Grünen erwiesene Möglichkeit der Parlamentarisierung einer Partei, die aus neuen gesellschaftlichen Ansprüchen heraus entsteht, spricht für eine gewisse Offenheit des politischen Systems. Dennoch ist die Gründung einer Partei und das Erreichen ausreichender Stimmen eine verhältnismäßig hohe Hürde. Gegenüber einfacher zu initiiierenden Einflussmöglichkeiten wie Plebisziten verschließt sich das System weitgehend.<sup>3</sup> Zwar ist der deutsche Staat gegenüber den wohl organisierten gesellschaftlichen Verbänden vergleichsweise offen (Schmidt 2007: 123).

---

<sup>2</sup> Kitschelt (1986) sieht die Anzahl politischer Parteien und den damit zusammenhängenden Grad des Parteienwettbewerbs als Faktor für die Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Interessenartikulationen.

<sup>3</sup> So sind im Grundgesetz Plebiszite auf Bundesebene nur über die Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29) und für die Abstimmung über eine neue Verfassung (Art. 146) vorgesehen.

Für Interessen, die sich aus akuten politischen Gegebenheiten heraus jenseits traditioneller Spitzenorganisationen formieren, bestehen allerdings im politischen System der Bundesrepublik hohe „Artikulations- und Beteiligungsschwellen“ (Kitschelt 1983: 86).

## 5.2 Die Einführung der Kernenergie

Die Entwicklung und Einführung der Kernkraft wurden in der Bundesrepublik erst mit Zustimmung der Alliierten im Rahmen der Pariser Verträge möglich. Zuvor waren dem einstigen Kriegsgegner sämtliche Forschungsaktivitäten in dieser Hinsicht verboten (Eckert 1989). So galt es nach 1955 für die junge Bundesrepublik, einen großen Forschungsrückstand aufzuholen, wollte sie in atomarer Hinsicht nicht zu den „minderentwickelten Völkern“ zählen und ein von den „Atomländern abhängiger Staat“ werden, wie dies Carlo Schmidt 1956 auf dem Bundesparteitag der SPD befürchtete (Paulus 2000: 2). Die Adenauer-Regierung sah dies genauso. Mit der Einrichtung des Bundesministeriums für Atomfragen und Gründung der Atomkommission, einem Gremium aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, wurden im Jahr 1956 die ersten Grundlagen für die Kernenergie in Deutschland geschaffen. Im Rahmen von drei Atomprogrammen zwischen 1956 und 1972 wurde der Ausbau der Kernkraft politisch massiv forciert (Rucht 1994a: 444), so dass bereits 1957 der erste deutsche Forschungsreaktor in Gang gesetzt werden konnte und 1961 das erste kommerzielle Atomkraftwerk in Kahl am Main seinen Betrieb aufnahm.

Da sich die Zustimmung zur Kernkraft durch alle Parteien zog, tat der Regierungswechsel von christlich-liberalen zur sozial-liberalen im Jahr 1969 der ehrgeizigen Atomenergiepolitik Westdeutschlands keinen Abbruch. Im Gegenteil: die weitere Expansion der Atomkraft stand im Einklang mit der planungsorientierten Strukturpolitik der sozialliberalen Regierung für eine „Modernisierung der Volkswirtschaft“ (Hauff/Scharpf 1975). So trieb die SPD in Koalition mit den freien Demokraten den Ausbau der Atomkraft weiter voran. In der Zeit zwischen 1969 und 1975 wurden zweiundzwanzig Leichtwasserreaktoren mit einer Standartleistung von 1.300 MW in Auftrag gegeben (Wagner 1994: 270). In Zusammenarbeit mit den Niederlanden und Belgien wurde zudem die nächste Reaktorgeneration entwickelt, deren erster Prototyp sich im deutschen Kalkar im Bau befand. Zudem war die Standortsuche nach einer Wiederaufbereitungsanlage im Gange.

Insgesamt wurde die Einführung der Atomkraft durch breiten überparteilichen Konsens getragen. Die politischen Entscheidungsprozesse fanden in engem Zusammenspiel zwischen Expertise und Exekutive statt. Den Ergebnissen wurden im Bundestag und Bundesrat trotz ihres großen wirtschaftlichen und finanziellen Gewichts<sup>4</sup> keinerlei Schwierigkeiten bereitet. Die ersten Kraftwerke waren zudem ohne größeren Widerstand der Bevölkerung in Betrieb gegangen. Kernenergiepolitik blieb damit bis 1974 „unchallenged elite policy-making“ (Wagner 1994: 269).

### 5.3 Aufkommen und Verlauf von Protest

Der erste nennenswerte Widerstand gegen die Atomkraft entzündete sich in Deutschland zu Anfang der 1970er Jahre an den Plänen zu Kraftwerksbauten in der Oberrheinebene. Nachdem die Bewohner des südbadischen Breisach ohne Vorankündigungen mit Vorhaben der Landesregierung zur Errichtung eines Atomkraftwerkes konfrontiert wurden, organisierte sich dort lokaler Widerstand. Wurden erste Protestaktionen zuerst hauptsächlich von Aktiven aus dem akademischen Mittelstand betrieben, die sich auf die Informationsarbeit kritischer Wissenschaftler der nahen Universität Freiburg stützten, stießen bald die zahlreichen ortsansässigen Winzer hinzu, die durch die enormen Dampfemissionen eines Kraftwerkes das anbaufreundliche Mikroklima der Kaiserstuhlregion gefährdet sahen. Gemeinsam gelang es durch Demonstrationen und Unterschriftenaktionen eine Atmosphäre zu schaffen, die den Investor Badenwerk auf einen neuen Bauplatz in das zehn Kilometer entfernte Wyhl ausweichen ließ. Doch auch hier gestaltete sich die Errichtung eines Atomkraftwerkes alles andere als einfach. Sensibilisiert durch die Ereignisse in Breisach formierten sich Bürgerinitiativen und fanden erste Demonstrationen statt. Wurden die Initiativen zeitweilig durch die Ölkrise 1973 gedämpft, erhielt der Widerstand im März 1974 neuen Schwung, als bekannt wurde, dass das geplante Atomkraftwerk Wyhl in Zusammenhang mit Planungen stand, die vorsahen, die Oberrheinregion als Teil einer industriellen Achse entlang des Rheins in ein „zweites Ruhrgebiet“ zu verwandeln (Rüdiger 1990: 130). Traktordemonstrationen, die Sammlung von 95.000 Unterschriften gegen die Atomanlage, die Einleitung erster juristischer Schritte sowie massiver Einspruch vor Offiziellen im Rahmen eines Erörte-

---

<sup>4</sup> Die Bundesrepublik gab zwischen 1956 und 1976 allein für Forschung und Entwicklung im Nuklearbereich 17,5 Billionen DM aus (Nelkin/Pollak 1981: 3).

rungstermin hinderten die Landesregierung jedoch nicht, die Baumaßnahmen einzuleiten. Diese wurden jedoch mit einer ersten Bauplatzbesetzung durch die Atomkraftgegner behindert. Die nach französischem Vorbild<sup>5</sup> durchgeführte Aktion provozierte einen massiven Polizeieinsatz, der die Besetzung zwar rigoros beendete, aber auch die mediale Aufmerksamkeit in der gesamten Bundesrepublik auf die Vorgänge in Wyhl lenkte und somit dem Anliegen des Protestes erste nationale Aufmerksamkeit verschaffte (Rüdig 1990: 135). Dass es nicht nur linksradikale Chaoten waren, wie es die Landesregierung betonte, sondern auf Fernsehbildern zu sehen war, wie gewöhnliche Bürger jeden Alters von der Polizei hart angegangen wurden, brachte dem Protest in ganz Deutschland viel Solidarität ein. Eine folgende Demonstration mit ca. 28.000 Personen führte im Februar 1975 zu einer zweiten Besetzung des Bauplatzes, die rund neun Monate anhielt (Rucht 1994a: 447). Die dadurch erreichte Verzögerung des Bauvorhabens sowie laufende Gerichtsverfahren, die in vielen Fällen zu Teilerfolgen der Bürgerbewegung führten, erwirkten letztendlich einen Stopp des Projektes. Auch wenn das Vorhaben Wyhl erst 1994 von der Landesregierung endgültig eingestellt wurde, erfasste den Widerstand auf diese Weise bereits zu Mitte der siebziger Jahre das Bewusstsein, staatliche Entscheidungen erfolgreich opponieren zu können. Dieses Bewusstsein sprang schnell auf andere Gegenden über und stimulierte den Antikernkraftprotest an zahlreichen weiteren geplanten Standorten in Westdeutschland; Wyhl wurde zum Symbol und Ausgangspunkt einer national agierenden Protestbewegung gegen die Atomkraft.

Der erste Funke, der von Wyhl ausging, erhitze die Gemüter 1976 in schleswig-holsteinischen Brokdorf. Doch nicht nur die Atomkraftgegner waren aus dem Südwesten inspiriert, auch die staatliche Seite hatte ihre Erkenntnisse aus den dortigen Abläufen gezogen. Unter starkem Polizeischutz wurden nun die Baumaschinen des Nachts auf das Gelände geleitet und die Baugenehmigung erst am folgenden Tag verkündet als das Gelände bereits mit Bauzäunen und Stacheldraht versehen und massiv polizeilich gegen eine eventuelle Besetzung gesichert war (Rüdig 1990: 151). In einer ersten Demonstration versammelten sich vier Tage später 5.000 bis 8.000 Demonstranten. Zwei Wochen später standen rund 30.000 Kernkraftgegner am Zaun der mit 1.300 Polizisten gesicherten Anlage. Der Versuch der Demonstranten, das Gelände zu

---

<sup>5</sup> Im französischen Marckolsheim, unweit von Wyhl war der Bauplatz einer geplanten Bleifabrik erfolgreich durch Bürgerinitiativen besetzt worden (Rüdig 1990: 132).

stürmen, artete in das aus, was später zutreffend als die „Schlacht um Brokdorf“ bezeichnet wurde. Die bürgerkriegsartige Szenarien um die festungsartig gesicherte Baustelle führten zu zahlreichen Verletzten auf beiden Seiten<sup>6</sup> und brachten das Thema Atomkraft an die Spitze der nationalen Tagesordnung (Rüdig 1990: 152). Als durch Gerichtsbeschluss ein vorläufiger Baustopp erwirkt werden konnte, beruhigte sich die Lage vor Ort zeitweise. Ein weiterer Entscheid verzögerte im Jahr 1977 den Bau um ein Weiteres. Auch wenn der Bau des Kraftwerks Brokdorf damit nur aufgeschoben wurde, bestärkten diese Zwischenerfolge ähnlich wie in Wyhl die Anti-AKW-Bewegung in ihren Bemühungen.

Nur einen Monat nach der Schlacht von Brokdorf setzte sich die gewaltsame Konfrontation zwischen Demonstranten und Staatsmacht an einem anderen Schauplatz, der Baustelle des AKW Grohnde in Niedersachsen fort. Das Ausmaß der Gewalt übertraf hier sogar die Ereignisse von Brokdorf, da sich beide Seiten aus den Erfahrungen des letzten Zusammentreffens nun noch hochgerüsteter gegenüberstanden (Wagner 1990: 274).

Mit dem Protest gegen den geplanten „schnellen Brüter“<sup>7</sup> in Kalkar, (Nordrhein-Westfalen), schlug die Protestwelle weitere Höhen. Die bis dahin größte Demonstration gegen Atomkraft (Wagner 1990: 274) wurde aber weitestgehend schon im größeren Umkreis des Bauplatzes polizeilich abgefangen und aufgelöst. Zahlreiche Versuche der Kernkraftgegner, das Projekt auf dem Gerichtsweg zu stoppen, blieben ohne Erfolg.

Unterstützung für den Protest kam dafür überraschenderweise aus der Politik. Die nordrhein-westfälische Landesregierung (SPD/FDP) blockierte 1978 zum Ärger der Bundesregierung die erste Teilgenehmigung für den Bau. Zudem erwirkte die „Enquete-Kommission Zukünftige Kernenergiepolitik“ des Bundestags einen vierjährigen Baustopp. Als die Bauarbeiten, stetig von Protest und juristischen Verfahren begleitet, schließlich doch im Jahr 1985 vollendet wur-

---

<sup>6</sup> Die Zahlenangaben hierzu sind unterschiedlich und bewegen sich im Rahmen von 200 (Norddeutscher Rundfunk) und 550 (Rüdig 1990) Personen.

<sup>7</sup> Der „schnelle Brüter“ funktioniert im Gegensatz zu herkömmlichen Leichtwasserreaktoren mit schnellen statt langsamen Neutronen. Sein Vorteil liegt darin, dass er das weitaus häufiger vorkommende Uran 238 verwerten kann und dieses durch den Energiegewinnungsprozess in weiter verwendbares Spaltmaterial umwandelt. „Schnelle Brüter“ bergen allerdings ein erheblich größeres Katastrophenpotential als herkömmliche AKWs.

den, versagte die Landesregierung erneut gegen den Willen der Bundesregierung die Betriebsgenehmigung.

Dass die Bundesregierung das Projekt schließlich 1991 aufgrund des politischen Drucks und veränderter Energieprognosen aufgeben sollte, war bis dato noch nicht absehbar; die Lage blieb angespannt.

Trotz Teilerfolgen durch die Verzögerung und Kostensteigerung nuklearer Projekte sowie einer gesteigerten öffentlichen Aufmerksamkeit schienen die Demonstrationen der AKW-Gegner und die illegalen Störeffekte autonomer Gruppen zunächst keinen nachhaltigen Erfolg zu erzielen. Dies gab in den Jahren 1977 und 1978 Anlass zu einer internen Krise der Bewegung. Vor allem in strategischer Hinsicht schieden sich die Geister an der Frage, ob institutionelle Wege des politischen Systems beschritten oder vorrangig unkonventionelle Partizipationsformen und direkte Aktionen genutzt werden sollten (Rüdig 1990: 152). In Folge dieser Debatte kam es auf kommunaler Ebene und später auch auf Landesebene zur Gründung erster grün-alternativer Listen.<sup>8</sup>

Die direkte Aktion trat allerdings alsbald wieder in den Vordergrund, als die politische Entscheidung für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage mit Atommüllendlager im niedersächsischen Gorleben fiel. Im Gegensatz zu drei Endlagerstätten, die in Niedersachsen zur Debatte standen, aber alle durch Widerstand in der Bevölkerung politisch nicht als erste Wahl zählten (Rüdig 1990: 152), schien der Ort in einer Gegend mit sehr niedriger Bevölkerungsdichte an der Grenze zu Ostdeutschland für das Vorhaben am besten geeignet. Doch auch hier formierte sich stetig wachsender Widerstand, der anfangs von lokalen Bürgerinitiativen getragen wurde und im weiteren Verlauf überregionalen Zulauf bekam: Deutschlandweite Anti-AKW-Initiativen begannen gegen das integrierte Entsorgungszentrum zu mobilisieren. In der Tat gelang es, zu den ersten Probebohrungen in Gorleben Kernkraftgegner aus allen Winkeln der Republik zu Großdemonstrationen heranzuziehen und Gorleben in den Mittelpunkt der deutschen Anti-Atom Bewegung zu rücken.

---

<sup>8</sup> Auf kommunaler Ebene formierten sich Gegner der Atomkraft erstmals 1977 in Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu Wahlbündnissen. 1978 standen in Hamburg, Niedersachsen und Hessen zum ersten Mal auf grün-alternative Listen auf Landesebene zur Wahl.

Höhepunkt des Protests war im Frühjahr 1979 ein 6 km langer Konvoi von rund 350 Traktoren, der von Gorleben ausgehend sechs Tage später die Landeshauptstadt Hannover erreichte und dort von 100.000 Menschen empfangen wurde (Rüdig 1990: 154). Die bislang größte Anti-Kernkraft Demonstration hatte nicht zuletzt durch das Bekanntwerden des Reaktorunfalls im US-amerikanischen Harrisburg enormen Zulauf und Wirkungsmacht bekommen. Keine zwei Monate später verkündete Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) trotz starkem Widerspruch seitens der Bundesregierung das Aus für die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben. Das Projekt sei „politisch unausführbar“ (Albrecht, zitiert in Wagner 1994: 155). Zwar war ein Zwischen- bzw. Endlager weiterhin im Gespräch und während der achtziger Jahre immer wieder Gegenstand von Protestaktionen; mit der ersten Verhinderung einer Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben war der Protestbewegung allerdings ein beachtlicher Erfolg gelungen.

Die staatliche Suche nach einem alternativen Standort zeigte aber auch, dass dieser Erfolg nur von begrenzter Dauer sein konnte. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) sondierte hierfür zahlreiche Regionen, zog Bauvorhaben allerdings oftmals nicht zuletzt aufgrund des vor Ort entstehenden Widerstands zurück (Rüdig 1990: 156). Letztendlich fiel die Wahl im Februar 1985 auf Wackersdorf in der bayrischen Oberpfalz. Die Prognosen für eventuellen Protest waren hier günstig ausgefallen: die Gegend hatte eine hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, und die kernkraftfreundliche CSU genoss einen traditionell hohen Rückhalt in der Bevölkerung.

Nichtsdestotrotz entstanden schnell Bürgerinitiativen gegen das Vorhaben. Auch die in Bayern traditionell stark verankerten Naturschutzverbände traten auf den Plan und mobilisierten ihre Anhängerschaft. Eine erste große Demonstration zog im benachbarten Schwandorf 30.000 Menschen an (Bayrischer Rundfunk), an einer weiteren in der Landeshauptstadt München waren rund 50.000 beteiligt (Rüdig 1990: 159). Obwohl der Erörterungstermin zum Genehmigungsverfahren mit 52.000 registrierten Einsprüchen bedacht wurde (Rüdig 1990: 158), erteilte die bayrische Staatsregierung den ersten Teil der Baugenehmigung. Nun ruhte die Hoffnung der Kernkraftgegner auf den gerichtlichen Entscheidungen zu den eingereichten Klagen. Gleichzeitig wurden 28.000 Unterschriften für die Ausweisung des Bauplatzgeländes als Naturschutzgebiet gesammelt und als inoffizielles Referendum an die Staatsregierung geleitet. Keiner der beiden Wege war jedoch Erfolg beschieden. Ein Gerichtsbeschluss erlaubte am 10. Dezember 1985 den

Start der Bauarbeiten. So für ein erstes in der Durchsetzung seines Anliegens gescheitert, setzte der Protest verstärkt auf direkte Aktionen vor Ort.

Der Versuch, ein Hüttendorf auf den bereits gerodeten Waldflächen des Bauplatzes zu errichten, führte zu ersten gewaltsamen Konfrontationen mit der Polizei. Zu weiteren Zusammenstößen kam es, als am Ostersonntag des Jahres 1986 100.000 Menschen am mittlerweile für 15 Millionen DM errichteten Bauzaun protestieren (Bayrischer Rundfunk).

Nach dem Reaktorunglück im ukrainischen Tschernobyl eskalierte die Lage zunehmend. Der Protest in Wackersdorf bekam verstärkt Zulauf aus der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung. Aber auch die Polizeikräfte wurden durch Einheiten aus anderen Bundesländern und durch Kontingente des Grenzschutzes verstärkt. Die „Schlacht um die Kernkraft“ (Der Spiegel 30/1986) begann mit Wackersdorf auf ein Neues. Durch Blendschockgranaten aus Hubschraubern, dem erstmaligen Einsatz von CS-Gas, Wasserwerfern und Gummimunition auf der einen Seite und Präzisionsschleudern, Molotowcocktails und Wurfeisen auf der andern Seite führte die Militanz auf beiden Seiten zu zahlreichen Verletzten (Der Spiegel 30/1986). Der Kampf um Wackersdorf zog sich durch immer neue Demonstrationen, Gerichtsverfahren und Wahlkämpfe über Jahre hinweg. Vor allem gegen Ende der achtziger Jahre konzentrierte sich die Anti-Kernkraftbewegung zunehmend auf gerichtliche Einwendungen und Klagen. Insgesamt 470.000 Einwendungen gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf (Rüdig 1990: 163) beschäftigten die Gerichte. Ein weiterer Erörterungstermin für die zweite Baulizenz wurde angesichts der verhärteten Fronten vorzeitig abgebrochen. Im April 1989 verkündete schließlich die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG (VEBA), ihren Ausstieg aus dem Projekt WAA Wackersdorf, das durch die zahlreichen Behinderungen und Verzögerungen immer kostspieliger geworden war. Durch die protesterzeugte politische Brisanz und wohl nicht zuletzt auch durch den Tod des bayrischen Ministerpräsidenten Franz-Joseph Strauß, einem starken Garanten für die Durchführung der Anlage, bot sich dem Vorhaben kaum mehr Planungssicherheit. Damit war zum zweiten Mal die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage durch Protest gescheitert. Gorleben und Wackersdorf machten deutlich, dass auch zukünftige Anlagen dieser Art in Deutschland kaum realisierbar sein würden.

Die Wiederaufbereitung deutschen Atommülls wurde deshalb durch internationale Verträge mit Frankreich und Großbritannien ins Ausland verlagert und damit auf ein erstes politisch entschärft.

Doch letztendlich sorgte gerade die Auslagerung der Wiederaufbereitung mit den damit verbundenen Atommülltransporten dafür, dass die Antiatombewegung in Deutschland lebendig blieb. War der Protest gegen die Atomkraft nach Wackersdorf durch das Ausbleiben weiterer atomarer Bauprojekte nie mehr in den alten Dimensionen aufgeflammt, erhielt die Bewegung durch die Castor-Transporte immer wieder Aufschwung (Kolb 1997).

Der Protest blieb damit eine konstante Begleiterscheinung des atomaren Betriebs in der Bundesrepublik; seine Organisationsstrukturen konnten intakt gehalten werden. Hierin liegt nicht zuletzt ein Grund dafür, dass es im Frühjahr 2010 mit einer 120 Kilometer langen Menschenkette zwischen den Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel und gleichzeitigen Protesten an anderen Standorten gelang, im Vorfeld der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen den größten Protest gegen die Kernkraft seit Jahrzehnten auf die Beine zu stellen (Süddeutsche Zeitung 24.4 2010).

## 5.4 Reaktionen im Parteiensystem

Obwohl das Thema Kernkraft spätestens nach den Ereignissen von Wylh eine immer größere politische Brisanz entfaltete, schenkten die politischen Parteien den immer lautstärker artikulierten Forderungen der Anti-Atombewegung kaum Beachtung.

Erste parteipolitische Reaktionen zeigten sich lediglich seitens der Orts- und Regionalverbände der etablierten Parteien in den von Kernkraftprojekten unmittelbar betroffenen Gebieten. Dort also, wo der Protest den größten und unmittelbarsten Druck auf die politischen Akteure ausübte, fand eine gewisse Öffnung für kernkraftkritische Positionen statt.

Hierdurch kam es zu ersten innerparteilichen Differenzen zwischen Teilen der Basis und dem Gros der durchweg kernkraftfreundlichen Bundesparteien, die das Thema noch im Wahlkampf 1976 geschlossen ignorierten (Kitschelt 1980: 282). Erst als in den Monaten nach der Wahl die Lage in Brokdorf eskalierte, konnte der Protest gegen die Atomkraft auch in der Parteipolitik auf Bundesebene nicht mehr außer acht gelassen werden.

Der Anti-Atomkraft Bewegung war es nicht nur erfolgreich gelungen, ihr Anliegen auf die nationale Agenda zu heben. Durch die konsequente Konfrontation mit den Parteien in der Kernkraftfrage gelang es ihr auch, bereits schwelendes Konfliktpotential zwischen Kernkraftbefürwortern und -kritikern innerhalb der Parteien zu aktivieren. Die Parteien sahen sich also nicht nur durch öffentlichen Druck gezwungen auf die Protestforderungen zu reagieren, sondern mussten sich auch um ihrer inneren Geschlossenheit willen mit dem Pro und Kontra der Kernkraft auseinandersetzen.

Auf Parteitag und durch eigene Kongresse zu Energie- und Umweltfragen versuchten CDU, SPD und FDP sich in dieser Hinsicht zu orientieren (Rucht 1994: 450). Obwohl sich Kernkraftkritiker mittlerweile in fast allen Parteien fanden, war dabei der Nährboden für parteiinterne Auseinandersetzung in unterschiedlichem Ausmaße vorhanden.

In der Union, die bereits nach Brokdorf verkündet hatte, das Kernenergieprogramm müsse auch gegen den Willen der Bürger durchgesetzt werden, und dies auch immer wieder gegenüber der Bundesregierung einforderte, waren relativ wenige Irritationen zu beobachten. Die Partei hielt so gut wie unumstritten an ihrer kernenergiefreundlichen Einstellung fest (Kitschelt 1980: 284).<sup>9</sup> In den Regierungsparteien herrschte weniger Einigkeit. Bei Liberalen wie Sozialdemokraten störte vor allem eine Meinungsfront zwischen Parteibasis und den oberen Parteiebenen die innerparteiliche Geschlossenheit.

Während vor allem die Regional- und Landesverbände, die direkt mit dem Druck der Kernkraftgegner konfrontiert waren als auch die Jugendorganisationen eine kritische Haltung einnahmen, hielten die Parteispitzen in Regierungsverantwortung unter anderem mit Blick auf die Energieversorgungslage, die deutsche Wettbewerbsposition am Weltmarkt und in Sorge um Arbeitsplätze an einer positiven Einstellung zur Kernenergie fest.

Bei den Freien Demokraten wurde dieser Konflikt auf dem Bundesparteitag im November 1976 deutlich sichtbar, als die Parteibasis gegenüber dem kernenergiefreundlichen Bundesvorstand eine deutlich kernenergiekritische Haltung einnahm. Ein Kompromiss führte schließlich zur offiziellen Parteilinie, den Ausbau der Kernkraft generell zu befürworten, aber erst dann wei-

---

<sup>9</sup> Ausnahme hiervon bildete der niedersächsische Landesverband, der mit Brokdorf und Gorleben direkt betroffen und damit nicht hundertprozentig für diese Parteilinie zu gewinnen war.

terzuführen, wenn sich in der Wiederaufbereitungs- und Endlagerproblematik befriedigende Lösungen abzeichneten (Kitschelt 1980: 288).

Stärkere Spannungen entwickelten sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. So gut wie parallel zur Ausbreitung der Antiatombewegung mehrten sich hier die Stimmen, die Zweifel am bisherigen Kurs der eigenen Partei anmeldeten. Vor allen in den Landesverbänden von Baden-Württemberg, Hessen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg vollzog sich zunehmend ein Sinneswandel in Sachen Kernkraft. Aber auch seitens der Jungsozialisten wurde Kritik an der bisherigen Energiepolitik laut. Der traditionelle Flügel der Partei, der von den kernenergiefreundlichen Gewerkschaften dominiert wurde und vor allem mit Arbeitsplatzgefährdungen argumentierte, sowie die Parteispitze hielten dagegen an einem „Ja“ zur Kernkraft fest.

Die innerparteiliche Kritik an der Kernkraft stellte implizit den bisherigen Parteikurs einer wachstums- und technologieorientierten Strukturpolitik in Frage. Nicht nur die innere Einheit der SPD, auch ihre Handlungsfähigkeit und ihre Zurechenbarkeit wurden dadurch gefährdet.

Dass der auf eine planungssichere Wirtschafts- und Energiepolitik bedachte liberale Koalitionspartner hierdurch zu Überlegungen neigte, die Seiten zugunsten einer christlich-liberalen Koalition zu wechseln (Wagner 1994: 282) und zudem grüne und alternative Listen eine zunehmende Konkurrenz darstellten, verstärkte die machtpolitische Bedrohungslage der SPD.

In einer Fachtagung „Energie, Beschäftigung, Lebensqualität“ sowie auf dem Hamburger Parteitag von 1977 ging es deshalb vorrangig darum, diese innerparteiliche „Zerreissprobe“ (Ehmke 1994: 290f.) zu bestehen und sich auf einen gemeinsamen Kernenergiekurs zu einigen.

Abgesehen davon, dass beide Flügel in der Partei ein nicht zu ignorierendes Gewicht besaßen, verhinderte es auch das Selbstverständnis der SPD als Volkspartei, sich zugunsten einer Seite auf ein klares „Ja“ oder „Nein“ zur Kernkraft festzulegen.

Die Kompromissformel der auf dem Hamburger Parteitag verabschiedeten „Grundsätze sozialdemokratischer Energiepolitik“ lautete deshalb, den grundsätzlichen Verzicht auf die Kernkraft mangels ausreichender Alternativen für „nicht vertretbar“ zu erklären, einen verstärkten Bau aber als „ebenfalls nicht vertretbar“ zu bezeichnen. Deshalb sollte „die Option für die Kernenergie offengehalten und die Option, künftig auf die Kernenergie zu verzichten zu können, geöffnet werden“ (SPD 1977: 972).